

# Der bessere Imperialist

Deutschland mischt sich mit Scheckbuch und Militär in sämtliche Affären von Geschäft und Gewalt auf der Welt ein und rühmt sich für seine angebliche moralische Vortrefflichkeit im Umgang mit den Flüchtlingen

Theo Wentzke

---

*»Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.« Angela Merkel am 15. September 2015 auf einer Pressekonferenz in Berlin*

Für dieses »freundliche Gesicht« hat ihr Land viel Lob geerntet – nicht nur von den Flüchtlingen oder von Merkel selbst, sondern auch vom ehemaligen Chef der Supermacht USA. Barack Obama hat die Deutschen für ihre »außerordentliche Unterstützung für die Flüchtlinge« und für ihre »andauernde Führung« in der Flüchtlingsfrage geehrt. Zumal »eine solche Politik zwar schwierig, aber richtig ist«. Die Regierung in Berlin fühlt sich bei solchen Komplimenten bestens verstanden. Überhaupt meinen hiesige Politiker, dass es sich für die Bundesrepublik gehört, voranzugehen. Und dass alle anderen gute Gründe haben, ihr hinterherzulaufen, auch wenn sie das nicht einsehen. Deutschlands Erfolg ist für sie eine Verpflichtung, zukünftig »mehr Verantwortung in der Welt« zu übernehmen.

## **»Unser Euro, unser Europa«**

Die Verantwortung, die sie meinen, fängt nicht mit den vor dem Elend der Welt Fliehenden, sondern mit dem Reichtum der deutschen Nation an. Weil der sich heute in Euro beziffert, steht fest, dass ihre Sorge um diese Währung weit mehr beinhaltet, als auf ihre eigene Wirtschaft und ihren eigenen Haushalt zu achten. Sie beanspruchen den Euro als deutsches Geld, das ihre Euro-Partner auch gebrauchen, aber auf keinen Fall belasten dürfen. Wenn einige Mitglieder der Währungsunion zahlungsunfähig werden und gemeinsam in eine Krise geraten, dann wird das fällige »Rettungsprogramm« zwar mit viel Gerede über die »Solidarität« begleitet, die Deutschland den Schwächeren der Euro-Zone in der Stunde der Not schuldet. Doch es wird kein Geheimnis daraus gemacht, dass es dabei vor allem um den deutschen Retter selbst geht.

Denn laut Merkel profitieren »wir« vom Euro am meisten. Mit »wir« ist zunächst die deutsche Wirtschaft gemeint, die in der ganzen Währungsunion durchschlagende Erfolge im Euro bilanziert. Überall dort stecken »unsere« europäischen Brüder gutes Euro-Geld in die Taschen deutscher Kapitalisten statt in die der anderen. Darauf haben auch hiesige Banken ihre eigenen großen Geschäfte aufgebaut und damit ihren Teil dazu beigetragen, dass ganze europäische Volkswirtschaften derart »über ihre Verhältnisse« leben können, dass deutsche Kapitalisten an ihnen nachhaltig und unverhältnismäßig gut verdienen. Das ökonomische Gefälle zwischen der Bundesrepublik und seinen Partnern sollen diese zwar so verstehen, als würde eine deutsche Lokomotive sie vorwärtsziehen, aber das macht die Sache auch nicht wahr. Und wenn diesen Ländern in der Krise die Schulden über den Kopf wachsen und Staaten vor dem Bankrott stehen, sind natürlich weder die deutschen Exporteure noch die Kreditgeber, sondern allein sie selbst schuld: Schließlich haben sie ja über ihre Verhältnisse gelebt ...

Der schlechten Nachricht, dass die Fortsetzung dieser deutschen Erfolgsstory von der finanziellen Gesundheit der weniger erfolgreichen Partner und Konkurrenten abhängt, steht eine viel bessere gegenüber: Eben diese Erfolgsstory hat dafür gesorgt, dass die zweite Abteilung des großen »Wir«, die deutsche Staatsgewalt, außerordentlich von der Gemeinschaftswährung profitiert hat. Die genießt nämlich eine Kreditwürdigkeit und eine Finanzmacht im Euro, die ihren unterlegenen Partnern eindeutig abgeht. In der europäischen Wertegemeinschaft bedeutet das, dass Deutschland enorm viel politische Macht über die anderen Länder besitzt und Verantwortung für deren Genesung übernimmt. Es muss deshalb keine Rücksicht darauf nehmen, welche Solidarität die rettungsbedürftigen Partner erwartet hätten und welche die anderen, die auch »retten«, überhaupt zeigen wollen. Die Bundesrepublik drängt letztere zum Bereithalten der benötigten Finanzmittel mit einer Unerschütterlichkeit, die nur von der Heftigkeit übertroffen wird, mit der sie erstere dazu anhält, ihre Völker in epochemachender Weise verarmen zu lassen.

Die Beschwerden europäischer Völker und Führungen lassen Deutschlands Verantwortungsträger kalt. Sie wärmen sich statt dessen an dem guten Gewissen, für die Regeln des Clubs einzutreten, die alle längst unterschrieben haben. Gemäß deutscher Auffassung bedeutet das nicht, dass die Partner diese Regeln weiterhin mit-, also auch umdefinieren können, sondern dass sie ihnen endgültig unterworfen sind. Sie brauchen gar nicht erst damit zu kommen, dass »Austerität« ihre Völker ins Elend treibt. Mit Härten für die Massen – die letzte und unmaßgebliche Komponente des nationalen »Wir« – geben deutsche Politiker ja an. Das sind genau die »Hausaufgaben«, auf deren rechtzeitige Erledigung im eigenen Land sie nicht stolz genug sein können. Verarmung erklären sie zu ihrem Erfolgsrezept. Außerdem sollten die Südländer endlich einsehen: Wenn die Bundesrepublik sich so unerbittlich für ihr Geld einsetzt, dann macht das auch deren Geld stark, auch wenn ihnen der souveräne Gebrauch desselben entzogen wird. An Deutschland können sie schließlich studieren, wie man von eiserner Haushaltsdisziplin und einem starken Geld profitieren kann, wenn man nur genauso konkurrenzstark ist. Damit wäre der wirklich entscheidende Dienst der deutschen Rettungspolitik angesprochen: Die harten Reformen sollen der Stärkung der »Wettbewerbsfähigkeit« der Konkurrenzverlierer dienen. Auch sie sollen sich also die ökonomische Potenz zulegen, andere zu Verlierern zu machen. Es mag sein, dass dieses

Programm in den geretteten Ländern auf nichts als ein nachhaltiges Schrumpfen ihrer Wirtschaft hinausläuft, aber dann sind immerhin die Geschäfte, die es dort noch gibt, marktwirtschaftlich solide – so solide wie die Position dieser Länder an der Peripherie der Euro-Zone.

## »Unsere Freiheit«

Doch beim Euro geht es den Deutschen nicht bloß ums Geld. Laut Merkel ist er »mehr als eine Währung«. Er steht für »die Einigungsidee Europas«. Die Kanzlerin schätzt die »große Bedeutung«, die dem Land in der Welt zukommt, »das Gewicht«, das es in der Weltpolitik besitzt, wenn es über den Euro verfügt. Deutschland hat sich der europäischen Einheit rückhaltlos verschrieben, weil es in der Welt eben nicht bloß als Deutschland, sondern als die Führungsmacht Europas auftreten will, als der Anführer eines Staatenblocks, der beinahe einen ganzen Kontinent abdeckt, den weltgrößten Markt beherbergt und über ein Weltgeld von der Qualität des Dollar gebietet. Daher müssen auch die Partner unbedingt drinbleiben. Sie haben immerhin auch etwas davon, eben eine Mitgliedschaft in einem großartigen, mächtigen Club, den Deutschland anführt. Falls ihnen das nicht einleuchtet, weil der Club maßgeblich von Berlin aus gesteuert wird, dann haben sie immer noch den »Frieden in Europa«. Der ist offenbar keine Selbstverständlichkeit in dieser schönen Wertegemeinschaft und Deutschland lässt weder die Partner noch den Rest der Welt eine Sekunde lang im unklaren darüber, welche Verantwortung es mit einem friedlich vereinigten Europa in der Welt übernehmen will.

Die Bundesrepublik will mehr Freiheit auf dem Globus: für Handel und Investitionen, die den Reichtum europäischer Geschäftemacher mehren. Es will mehr Wachstum für europäische Standorthüter, die daraus ihre Machtmittel beziehen und von dem sich auch die Lohnabhängigen Arbeitsplätze versprechen dürfen – die brauchen sie laut ihrer Führung so sehr, dass sich jede Frage von selbst verbietet, was sie davon haben. Solch edle Absichten vertragen den Protektionismus eines Donald Trump selbstverständlich nicht – und da wissen europäische Freiheitsliebhaber sofort, dass sie mit ihrem Markt und der Kapitalmacht ihrer Firmen ein Erpressungsmittel in der Hand haben, den Herrn Präsidenten von den Vorzügen der Freiheit für alle Menschen zu überzeugen.

Nicht nur die Menschen, die jetzt die Welt bevölkern, auch ihre Kinder und deren Kindeskinde brauchen deutsche Führung, nämlich ein von ihr geschriebenes, zumindest mitgeschriebenes Regelwerk für die globale Wirtschaft, Abteilung »Nachhaltigkeit«. Die Notwendigkeit deutscher Führung bei der Bewältigung dieser Frage ist nach der marktwirtschaftlichen Logik, der auch das Klima zu gehorchen hat, vollkommen einleuchtend. Denn dank der Technologie und der Kapitalgröße seiner einschlägigen Firmen sehen Deutschlands Verantwortungsträger in der Wende zur »Nachhaltigkeit« eine großartige Geschäftsgelegenheit. Wenn die Bundesrepublik die ganze Welt zu einem Markt für sich her-, also nach seiner Klimatechnologie ausrichtet, dann braucht man sich um die Welt nicht länger Sorgen zu machen, weil vom deutschen Profit der Globus mit seinem Klima und so die ganze Menschheit mit profitiert – und wenn dann die Auto- und/oder eine andere gewichtige Industrie die Festlegungen des einschlägigen Regelwerks nicht gut verträgt, sind im Namen des Klimas Abstriche geboten. Denn der deutsche Beitrag zu seiner

Rettung kann ohnehin nicht in dem bestehen, was das Land selbst an Emissionseinsparungen anbietet. Deutschlands Verantwortung gebietet vielmehr, die Beiträge der anderen zu definieren.

## »Unsere Ukraine«

Über so viel Sorge um die Zukunft der Welt von heute und morgen wird das europäische Umfeld nicht vernachlässigt. Im Gegenteil. Auch in Osteuropa will die Bundesrepublik nämlich mehr Freiheit, und zwar nicht nur für ihr Kapital – das sowieso –, sondern auch für die Völker der ehemaligen Sowjetunion. Diese Verantwortung verträgt keine Rücksicht – weder auf Russland, noch auf die Ansprüche dieser Staaten selbst. Das gilt erst recht für die Ukraine, den jüngsten Schauplatz im Kampf um die Selbstbestimmung der ehemals unterdrückten Ostvölker, das »Bruderland« Russlands und »Kernstück« seines »nahen Auslands«. Das deutsch geführte Europa tritt dem Land als haushoch überlegenes ökonomisches Kraftzentrum gegenüber, von dem die Ukraine so abhängig ist, dass Europa alle Freiheit genießt, sie nach eigenem Kalkül mit sich zu »assoziiieren«. Der Test auf die Fähigkeit der EU, seine ökonomische Wucht für seine strategische Expansion einzusetzen, gerät im Falle der Ukraine zu einer mehrstufigen Demonstration des deutschen Willens, mehr weltpolitische Verantwortung zu übernehmen. Es testet nicht nur die Grenzen seiner zivilen, ökonomischen Erpressungsmacht aus, es zeigt auch seine Bereitschaft, über sie hinauszugehen. Das begann mit der finanziellen und diplomatischen Unterstützung eines regelrechten Putsches in Kiew.

Deutschland lässt sich von dem militärischen Auftritt der zweitgrößten Atommacht der Welt jedenfalls nicht einschüchtern. Und es fällt einer europäischen Führungsmacht im Traum nicht ein, Russland als einer ebenbürtigen, bloß mit eigenen Interessen ausgestatteten Partei entgegenzutreten. Deutsche Verantwortungsträger stellen sich gleich eine Etage drüber – als Beschützer eines Regelwerks, das für alle interessierten Parteien gilt. Die Kanzlerin sagt es immer wieder: Ihr Land tritt nicht für das Recht des Stärkeren, sondern für die Stärke des Rechts ein. Und so, mit aller gebotenen Bescheidenheit, tritt sie an Russland heran – eine Macht, die, wie dies alle Mächte tun, beansprucht, Recht zu setzen – und verlangt von ihm, dem Recht zu gehorchen, das Deutschland definiert.

Für die Bundesrepublik ist dabei klar: Ganz Europa muss gegenüber Russland »mit einer Stimme sprechen«, also den Chor für deutsche Forderungen stellen. Die einen Partner mögen mit Russland entscheidende ökonomische Beziehungen pflegen, aber sie sind auch in einer Wertegemeinschaft mit Deutschland, das deswegen bestimmt, auf welcher gewaltbewehrten Grundlage ihre friedlichen Geschäfte zu laufen haben: »Die Zeit der Einflusszonen ist endgültig vorbei« (Merkel) – der europäische Kontinent fällt eben voll und ganz in die Zuständigkeit der EU. Solange Russland das nicht akzeptiert, ist es kein normaler Geschäftspartner. Den anderen Staaten vom Baltikum bis zum Balkan wird versichert, dass sie nicht primär in der US-Supermacht, sondern im deutsch geführten Europa ihre Schutzmacht haben. Daher kann Deutschland ihnen auch vorschreiben, wie weit ihr Sicherheitsbedarf wirklich reicht, und ab wann ihre Forderungen nach militärischer Zurückweisung Russlands eine Gefahr für den Frieden sind.

Wenn Russland und die USA ihren Konflikt in der Ukraine eskalieren, demonstriert die Bundesrepublik mit eigenen Truppen im Osten ihre Bereitschaft zu genau der militärischen Konfrontation, die sie für »unvorstellbar« erklärt, und startet zugleich eine Diplomatie, die von einer sehr reifen Art der Verantwortung zeugt: Sie stellt sich zwischen und über verfeindete Mächte in einem Konflikt, in dem sie selbst als Partei knietief drinsteckt. Sie stellt sich als militärische »Speerspitze« des Westens im Osten auf und warnt zugleich vor »Säbelrasseln«, wenn die amerikanische Führungsmacht des Westens nicht nach deutschen Vorstellungen vorgeht. Sie betont die Notwendigkeit militärischer Abschreckung gegenüber Russland und plädiert dann mit aller Friedfertigkeit für mehr Rüstungskontrolle unter Supermächten.

### **»Unsere weltweite Aufsicht«**

Keine Frage, Deutschland ist in Sachen Krieg und Frieden außerordentlich verantwortungsbewusst. Die Sicherheit, mit der es gegenüber Staaten auch des größten Kalibers derart großkotzig auftritt, verdankt sich – wie könnte es anders sein in der besten aller möglichen Staatenwelten – einer haushoch überlegenen militärischen Zerstörungskraft. Doch diese Grundlage seiner weltumspannenden Außenpolitik stiftet die Bundesrepublik nicht mit ihrer eigenen kriegerischen Schlagkraft. Deutsche Außenpolitiker stützen sich auf viel mehr als ihre eigene Bundeswehr: Sie nehmen die NATO in Anspruch, das größte Kriegs Bündnis der Welt mit den USA an der Spitze. Deutschland bezieht sich auf die Abschreckungspotenzen dieses mit allen Waffengattungen ausgerüsteten Bündnisses, als hätte es sie in der Hand. Und es ist schon beachtlich, was sich dieser Staat auf dieser Basis in aller Welt vornimmt und zutraut.

Das fängt an mit der außerordentlich erfolgreichen Ausnutzung einer weltweiten kapitalistischen Geschäftsordnung. Wenn der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck Deutschlands militärische Verantwortung anmahnt, dann drückt er auf seine Weise aus, dass der Segen, den diese Geschäftsordnung stiftet, nur durch allgegenwärtige Gewalt zu haben ist. Und militärisch ist Deutschland dank der Kriegsallianz sehr potent. Es kann seine Freiheit sogar bis an den Hindukusch bedroht sehen – was kein übertriebenes Bild ist, weil es diese Freiheit dank der Zerstörungsmacht der USA bis dorthin auch praktisch verteidigen kann. Und sich zugleich auch für einen neu aufgestellten Staatsapparat vor Ort engagieren. Es kann im Mittleren Osten mit einigen Ausbildern und Aufklärungstechnik ein »Terrorregime« an der Seite der USA und mit eigens ausgerüsteten und ausgebildeten Stellvertreterkriegern mitbekämpfen. An der Seite der französischen Militärmacht kann es Terroristen in der tiefsten Wüste Afrikas jagen und mit seinen europäischen Partnern die Gewässer vor der afrikanischen Küste für Berufspiraten unsicher machen. Dass Deutschland dabei überall als treuer Bündnispartner auftritt, heißt vor allem, dass es als dieser treue Bündnispartner »überall« auftritt. Es gehört zur verlogenen Tradition deutscher Außenpolitik, die Ausnutzung ihrer Bündnistreue als eine Zügelung ihrer Macht hinzustellen. Dabei ist diese Bündnistreue gerade die Weise, wie die Bundesrepublik militärisch und diplomatisch weit »über ihre Verhältnisse« lebt, und weltweiten Einfluss nimmt. Mängel bei der eigenen militärischen Ausstattung hindert sie nicht daran, bei jeder größeren Schlächterei auf dem Globus ihren Senf zur ordentlichen Ausübung staatlicher Gewalt zu geben. Sie findet nichts dabei, vor einer amerikanischen »Drohkulisse« aufzutreten und den Objekten

der amerikanischen Kriegstechnik deutsch geführte Verhandlungen als eine »friedliche Alternative« anzubieten. Deutschland nutzt die überwältigenden Kriegsmittel der USA aus, um seinem eigenen freundlichen diplomatischen Gesicht markantere Konturen zu geben – und feiert sich dabei als die zivilisierende Macht, die Konflikte für beide Seiten zum Besten regelt.

Unter dem Niveau einer Weltmacht, die sich als Schiedsrichterin in sämtliche Affären von Geschäft und Gewalt einbringt, tut es dieser »friedliche« Staat also nicht. »Exportweltmeister« hin oder her – nirgends will er sich damit zufrieden geben, bloß auf den eigenen Vorteil bedacht zu sein. Deutschland erklärt sich für die Rechte aller Menschen, nämlich für deren Menschenrechte zuständig. Die außenpolitische, also wirkliche Bedeutung dieses Titels, die sehr ehrgeizige Stellung, die Deutschland damit gegenüber den über die Menschen tatsächlich verfügenden Staatsgewalten beansprucht, wird spätestens dann deutlich, wenn deutsche Minister auf Auslandsbesuch durch das »Ansprechen« der Sache mit den Menschenrechten die Frage provozieren, ob »wir« uns das überhaupt leisten können – etwa angesichts unserer Abhängigkeit von einem riesigen chinesischen Markt, von der Vertragstreue eines türkischen Machthabers, dessen Land wir als Flüchtlingsbollwerk verplant haben, oder von der »Stabilität«, die wir uns von einem ägyptischen General versprechen. Deutsche Außenpolitiker wissen, wann »Realpolitik« angesagt ist und unsere Werte hinter unsere Interessen zurückzutreten haben – was nur unterstreicht, wie schwer die Bürde einer solchen Verantwortung ist, wie sehr »unsere« Außenpolitiker gerade bei solchen Entscheidungen Anerkennung verdienen. Und zugleich wissen sie genau: Wer bei den Menschenrechten verzagt, hat sich gegenüber anderen Mächten blamiert – dann kann man als Weltmacht gleich einpacken. Schwäche gegenüber anderen Staatsmächten kann sich eine europäische Führungsmacht nicht leisten.

Spätestens dann gilt für sämtliche Führungsfiguren in Merkels Land: Ein so gutes Land muss mehr militärische Verantwortung übernehmen. Erst recht, wenn in Washington der falsche Kandidat an die Macht kommt. Wofür auch immer deutsche Bürger Mr. Trump verabscheuen mögen, für verantwortliche deutsche Politiker ist er deswegen eine Gefahr, weil sie nicht wissen, ob sie sich auf einen chauvinistischen Amerikaner bei ihren eigenen imperialistischen Anliegen verlassen können. Dann reden gestandene deutsche Friedenspolitiker und Fachmänner freimütig über die amerikanische Grundlage ihres Imperialismus: Man ermahnt sich selbst, »endlich erwachsen« zu werden und es sich nicht länger unter der »amerikanischen Käseglocke« gemütlich zu machen. Jetzt könne sich Europa nicht länger vor der Aufgabe drücken, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen für die unwidersprechliche Ordnungsmacht, die eine friedliche Welt und der deutsche Nutzen in ihr nun einmal brauchen. Dabei kommt für Deutschland eine Beendigung seines so produktiven Schmarotzertums an der amerikanischen Macht nicht in Frage – das wäre ja kontraproduktiv. Es gilt vielmehr, genug gewaltsame Eigenpotenz zu entwickeln, damit der amerikanische Hüter der Weltordnung an deutschen Interessen nicht länger vorbeikommt. Dafür will Berlin die Macht seines europäischen Bündnisses stärken: mit vorsichtigen Aufrufen zur Bildung einer europäischen Armee, gepaart mit verräterischen Dementis, so etwas könnte irgendwie im Gegensatz zur NATO stehen.

Gar nicht dementiert wird dabei die Notwendigkeit, der Supermacht moralisch mindestens auf Augenhöhe gegenüberzutreten, der Deutschland seine weltpolitischen Präsenz verdankt. Bei

der Ausnutzung der amerikanischen Gewalt für seine eigene Weltpolitik pflegt Deutschland überhaupt das Bewusstsein, das bessere Amerika zu sein: Wir verdanken den Amerikanern viel, müssen als Musterschüler der gleichen Wertegemeinschaft auf die imperialistischen Exzesse der Cowboys aufpassen, was umgekehrt lehrmeisterliche Warnungen vor falschem »Isolationismus« beim Weltordnen einschließt. Genauso wie die USA ist Deutschland für alles Wesentliche auf der Welt zuständig, nämlich für alle Fragen von Geschäft und Gewalt. Doch es pflegt diese imperialistische Weltordnung friedlicher und »besonnener« (Steinmeier) – also einfach besser als die USA.

## »Unsere Flüchtlinge«

Wer, wenn nicht dieses Land, wäre in der Lage, auch die Verantwortung für das globale Elend zu übernehmen, das derzeit Richtung Europa strömt? So sieht es jedenfalls die Kanzlerin. Die Flüchtlinge können bei der Ankunft noch so mitgenommen aussehen – in ihnen erblickt sie eine glänzende Spiegelung der Größe und Großartigkeit der deutschen Nation. Bei Deutschland sind die Elenden der Welt an der richtigen Adresse. Zwar nicht in dem Sinne, dass alle bleiben könnten, ja nicht einmal sehr viele. Doch die Bewältigung des Problems, das ihre Flucht darstellt, ist bei Deutschland in besten Händen. Dieses Problems hat sich das Land laut seiner Chefin so anzunehmen, wie es sich für eine verantwortliche Weltmacht gehört. Das fängt mit dem berühmten »freundlichen Gesicht« gegenüber den Flüchtlingen an, doch Freundlichkeit gegenüber den Fremden ist für Deutschland viel mehr als eine Tugend, die es bei sich daheim praktiziert, vielmehr eine weltweite Aufgabe, bei der es Führung übernimmt. Deswegen ist die Flüchtlingsfrage auch viel mehr als eine Bewährungsprobe für die moralische Qualität Deutschlands. Sie ist ein Test auf die Macht seines Staates, der Staatenwelt seine Definition dieses weltweiten Problems und dessen Lösung aufzudrücken. Von Lissabon über Wladiwostok bis nach Washington kommt die Welt an dem Elend der Flüchtlinge nicht länger vorbei, weil Berlin dafür die Verantwortung trägt.

So sieht Deutschlands »humanitäre Verantwortung« aus. In der Bewährung bei diesem anspruchsvollen Programm liegt die wirkliche Substanz der Humanität, die für Deutschlands Vertreter durch nichts relativiert wird, was die Regierung in deren Namen praktisch unternimmt. In Merkels Land gibt es keine Ecke des Imperialismus ohne einen großen Rechtfertigungstitel, der zur Größe der Macht passt, die sich auf ihn beruft: Deutschland ist für nicht weniger als die ganze Menschheit zuständig. Ob die Macht zur Durchsetzung der Ansprüche reicht, die es an die Welt stellt, ist eine andere Frage. Von Zweifeln und Widerständen lässt sich die Chefin des Landes ohnehin nicht beirren. Sie denkt ja »die Dinge vom Ende her«, orientiert sich an den Ansprüchen, denen ihr Land nun einmal zu entsprechen hat. Ein Land, das Verantwortung für ein Weltproblem definiert, stellt den Anspruch an sich, in diese Rolle hineinzuwachsen.

Theo Wentzke ist Redakteur der Zeitschrift *Gegenstandspunkt*. Zuletzt schrieb er an dieser Stelle am 31.10.16 über die politökonomischen Hintergründe des Austritts Großbritanniens aus der EU. Mehr über den deutschen Imperialismus ist im Heft 4/16 nachzulesen. Erhältlich unter [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

---

<http://www.jungewelt.de/2017/02-09/126.php>